

Änderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Müller (Bremen), Suhr und der Fraktion DIE GRÜNEN

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1987

hier: Einzelplan 16

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und
Reaktorsicherheit**

— Drucksachen 10/5900 Anlage, 10/6316, 10/6331 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Im Rahmen des ökologischen Umbauprogramms wird in Kapitel
16 02 Titelgruppe 01 – Reaktorsicherheit und Strahlenschutz –
gestrichen.

Bonn, den 20. November 1986

Dr. Müller (Bremen)

Suhr

Borgmann, Hönes und Fraktion

Begründung

Die hier veranschlagten Ausgaben dienen ausnahmslos dem Atomprogramm der Bundesregierung: seiner propagandistischen Aufbereitung, sicherheitstechnischen Rechtfertigung und infrastrukturellen Unterstützung. Aus bekannten Gründen lehnen die GRÜNEN diese Atompolitik ab.

Es wird vorgeschlagen, die hier veranschlagten Mittel umzuwidmen für

- die in den Kapiteln 681 11 (neu) und 681 22 (neu) vorgesehene Entschädigung von Bundesbürgern für die Folgen des Tschernobyl-Unglücks und
- die genaue und umfassende Untersuchung der gesundheitlichen Wirkungen einer radioaktiven Verseuchung.

Denn: Der Bund hat den weltweiten Ausbau der Kernenergie mit betrieben und forciert; er ist überdies für die Geschädigten die einzige Anlaufstelle bei der Eintreibung der Schadenskosten bei den Verursachern.

